



ASIEN/SÜDKOREA - Nordkorea wünscht Gipfeltreffen mit Südkorea: „Wir dürfen wieder hoffen“, so die Bischöfe

Seoul (Fidesdienst) – Nordkorea erklärte sich gegenüber Südkorea offiziell zu einem Gipfeltreffen bereit, mit dem an das Treffen der Staatsoberhäupter im Jahr 2000 erinnert werden soll. Damals begann eine Phase der Annäherung zwischen den beiden Ländern (die so genannte „sunshine policy“) und es wurden historische Vereinbarungen zwischen Kim Dae-jung (Nordkorea) und Kim Jong-il (Südkorea) getroffen, die unter anderem eine wirtschaftliche Zusammenarbeit, die Familienzusammenführung und die Erneuerung des Dialogs zwischen den Regierungen vorsah. Nordkorea schlägt nun die Veranstaltung eines Gipfeltreffens in der Grenzstadt Kaeseong oder in Mount Geumgangsan vor. Die beiden Länder hatten in Mount Geumgangsan bereits in den Jahren von 2001 bis 2008 alljährlich ein gemeinsames Treffen veranstaltet. Nach Aussage von Beobachtern zeugt das Angebot der Regierung in Pjöngjang von einer Bereitschaft zur Wiederaufnahme gemeinsamer Projekte unter anderem auch im Industriegebiet Kaeseong, nachdem es in jüngster Zeit zu Spannungen zwischen beiden Ländern gekommen war und Nordkorea sogar mit einem „Atomkrieg“ gedroht hatte.

Nach Ansicht der koreanischen Bischöfe ist die Initiative ein „Zeichen, das der Hoffnung die Pforten öffnet“. Dies bekräftigt der Vorsitzende der bischöflichen Kommission für den interreligiösen Dialog und der „Korean Conference Religions for Peace“, Erzbischof Igino Kim Hee-joong von Kwanju. „Gewiss, die Regierung in Seoul erklärte zunächst, man werde das Angebot prüfen, da man auf einen tatsächlichen Prozess der Annäherung Wert legt und nicht nur vordergründig das Gedenken zelebrieren will“, so der Erzbischof. „Unsererseits hoffen wir jedoch, dass wir bald den interreligiösen Dialog wieder aufnehmen können: wir haben in Pjöngjang ein Treffen von Religionsvertretern aus beiden Ländern vorgeschlagen, wie es in den vergangenen Jahren stattfand, und hoffen dass wir bald eine positive Antwort erhalten werden“. (PA) (Fidesdienst, 24/05/2013)